



Neue Standortvereinbarung - nicht um jeden Preis ??

Die IGBCE geht in die Offensive. In internen Arbeitskreisen in diesem Frühjahr vorbereitet, wird jetzt die Katze aus dem Sack gelassen: die IGBCE - Fraktionen und die Vertrauenskörpervorstände der einzelnen Werke haben beschlossen, die Standortvereinbarung zu verlängern. Und dazu - so in ihrem Info Nr.13 - möchte die IGBCE die "Schmerzgrenze" der Beschäftigten ausloten. Was wurde uns bisher als "Standortsicherung" zugemutet?

- Die Treueprämie wurde gestrichen.
- Das Aktienangebot wurde gestrichen.
- Der Bonustopf wurde gekürzt um 125 Mio. DM.
- Der Jubiläumsurlaub und das Geldgeschenk von 350,-DM p.P. wurden gestrichen.
- Die 5 - Schicht - Zulage für MA ab dem 1.07.97 von 650,-DM p.a. wurde gestrichen.
- Verringerung der Vollkonti - Nachtschichtzulage von 20% auf 15%.
- Entgeltabsenkung für 5 - Schicht -MA um 1,6 Std.
- Die Schichtübergabe in ihrer bisherigen Form wurde gestrichen.

Weiter wurde als "Standortsicherung" vereinbart:

- Beschäftigte aus Personalüberhängen werden bedarfsgerecht und flexibel eingesetzt bei gleichzeitig möglicher Abgruppierung.
- Entgeltstruktur und Richtbeispiele für Tarif- und LM- Mitarbeiter werden überarbeitet.
- Einrichten von Arbeitszeitkonten
- Verzicht auf betriebsbedingte Beendigungskündigungen bis Dezember 2000 unter bestimmten Bedingungen.

- Richtwert für den Personalabbau: 4570 Mitarbeiterjahre über den Vereinbarungszeitraum von 3,5 Jahren reduzieren
- überarbeiteter Fremdfirmeneinsatz
- Neuordnung des Übertarifes / VEKT
- SAP - Einführung

Haben sich diese gesamten Verschlechterungen für die Mitarbeiter gelohnt?

Hier möchten wir die Einschätzung des internen Arbeitskreises der IGBCE zitieren:

Zu "Bedarfsgerechte Einsätze zur Beschäftigungssicherung" vermerkt der Arbeitskreis, "dass betriebsbedingte Kündigungen nicht zuletzt aufgrund der Größe des Unternehmens sehr

schwierig seien, und die GBV nicht ausdrücklich vor betriebsbedingten Kündigungen schützen würde."

Es wird davon ausgegangen, "dass die Investitionen auch ohne die GBV getätigt worden wären."

Der Personalabbau während der Laufzeit dieser Standortsicherung sieht wie folgt aus:

- 12.96 = 47075 MA
- 12.97 = 45707 MA, also -1368 MA
- 12.98 = 42580 MA, also -2127 MA
- 12.99 = 41455 MA, also -1025 MA

Die **Investitionen** wurden so niedrig vereinbart, das man die Vereinbarung auch hätte lassen können, denn die vereinbarten Zahlen wurden jedes Jahr real weit übertroffen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ->



Globalisierung im Umweltschutz



Globalisierung in der Arbeitswelt



Global denken in der Rechtssprechung



Kosmopolitisch denken

Betriebsversammlung am 15. September um 9.00 Uhr

Nachdem für den September 14 Abteilungsversammlungen geplant, vorbereitet und alle Mitarbeiter per Aushang eingeladen wurden, sind diese jetzt kurzfristig wieder abgesagt worden. Begründung: Umbaumaßnahmen in Geb. 308, wo 7 dieser Versammlungen stattfinden sollten.

Jetzt findet eine Versammlung am Freitag, den 15.09.00 um 9.00 Uhr für alle MitarbeiterInnen in der Sporthalle Rutenbeck statt. Wir bitten alle MitarbeiterInnen, daran teilzunehmen, da unter anderem die neue Standortvereinbarung diskutiert werden soll.

Weitere Schwerpunkte in dieser Ausgabe:

- **Standortsicherung - nicht um jeden Preis**
- **Rechter Terror**
- **Rentenreform 2000**
- **Vorsicht beim Krankengeld**
- **1000 neue Azubis...**
- **Entschuldigung**

Standortvereinbarung - Nicht um jeden Preis ???

Und für die IGBCE wichtige Argumente für eine Vereinbarung werden von der Bayer AG unterlaufen: der *Bau der Therban - Anlage in Lev relativiert sich durch den Abzug der Perbunan - Produktion von Lev nach La Wantzenau Ende 2002.*

Die IGBCE - Einschätzung, *das die Investitionen aus strategisch geschäftlichen Gründen auch ohne eine GBV getätigt worden wären,* kann nur geteilt werden.

Aber warum, bei allen negativen Punkten und Einschätzungen, dann eine Verlängerung dieser unsäglichen Vereinbarung?

Zum einen ganz sicher, weil die Bayer AG dies will und die IGBCE mit ihren Betriebsräten dem nichts entgegenzusetzen hat. Der Bayer AG hat in den letzten Wochen deutlich formuliert, wie sie sich die Zukunft vorstellt:

- freie Hand bei weiterem Personalabbau.
- Entgeltabsenkungen in Dienstleistungsbereichen; bis jetzt konkret benannt wurden die Wirtschaftsbetriebe und die Logistik; aber auch weitere sogenannte Servicebereiche könnten betroffen sein. Hier soll der neue Tarifvertrag, der Entgeltsenkungen erlaubt, genutzt werden.
- flexibler Personaleinsatz; das würde nach den schon stattfindenden Diskussionen bedeuten: noch mehr kurzfristige Ausleihungen, noch mehr Versetzungen auch in andere Werke, sowie die Einführung eines

Personalpools.

- Flexibilisierung der Arbeitszeit, der Samstag soll Normalarbeitstag werden und weiter gehende Arbeitszeitkonten.
- Freie Hand bei Ausgliederungen von Unternehmensteilen.
- Keine Einschränkungen bei allen anderen möglichen Maßnahmen (z.B. neue Richtbeispiele für die Eingruppierung)...

Zum anderen, weil Teile dieser Vereinbarung - wie zum Beispiel die Ausbildungszahlen - in "eine Diskussion zur Standortsicherung vor dem Hintergrund der Betriebsrats - Wahlen 2002 öffentlich politisch genutzt werden soll," so der IGBCE Arbeitskreis. Deshalb wird von diesem IGBCE Arbeitskreis auch konsequenter Weise vorgeschlagen, "die Gesamtbetriebsvereinbarung zur Standortsicherung um 4 oder 5 Jahre zu verlängern."

Die Belegschaftsliste ist nicht der Meinung, das weitere Flexibilisierungen bei der Arbeitszeit und dem Personaleinsatz die jeweiligen Standorte sicherer machen. Wir glauben auch nicht, das Entgeltabsenkungen dazu beitragen. Gewinner wären wie bei der ersten Standortvereinbarung alleine die Bayer AG und ihre Aktionäre (s. Kasten), auf Kosten der Beschäftigten.

	Bonus	Dividende	Gewinn n. Steuern	Mitarbeiter
1995	80%	0,77	592	48834
1996	85%	0,87	695	47075
1997	35%	0,97	746	45707
1998	35%	1,02	1095	43386
1999	35%	1,3	1076	41455

Tabelle: Dividende in Euro/Aktie; Gewinn in Mio Euro



Was schlägt die Belegschaftsliste vor ?

Wir unterstützen die Position der IGBCE, die Samstagsregelarbeit zu verhindern.

Wir unterstützen ausdrücklich die Ankündigung der Vertrauensleuteleitung der IG-BCE, diesmal im Vorfeld mit der ganzen Belegschaft zu diskutieren.

Nur eine breite Diskussion in der Belegschaft, bevor verhandelt wird, kann zu einer größtmöglichen Einigkeit gegenüber dem Arbeitgeber führen. Dazu kann zunächst die Betriebsversammlung am 15. September genutzt werden.

Anschließend erwarten wir, dass sich die IGBCE an das Votum der Belegschaft hält.

Veränderungen im Betriebsrat

Helmut Prill (Hauptwerkstatt) ist aus dem Unternehmen und damit auch aus dem Betriebsrat ausgeschieden. Nachgerückt ist der Kollege **Ralf Hochwald**, Chemiefacharbeiter im Technischen Raum, Geb. 90. Ralf Hochwald hat schon dem letzten Betriebsrat angehört und war seit der letzten Wahl als Ersatzmitglied oft im Betriebsrat tätig. Er hat Aufgaben im Schichtausschuß übernommen.

Siegbert Hufschmidt hat dies im Sicherheits-Ausschuß getan. Ebenfalls neu im Sicherheits-Ausschuß ist **Olaf Augustin** (PH-R-CWL), der jetzt dort für **Eike Gardlo** (PH-R-MST) tätig ist.

Wir wünschen Ralf Hochwald einen erfolgreichen Neustart im Betriebsrat und den neuen Ausschußmitgliedern einen erfolgreichen Start in den Ausschüssen.

Betriebsräte der Belegschaftsliste; ViSd.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;

Olaf Augustin, PH-R CWL, Geb. 456, Tel. 8604

Ulrich Franz, PH-R SID, Geb. 459, Tel. 4475

Eike Gardlo, PH-R MST, Geb. 405, Tel. 4905

Michael Groß, PH-EO-CP K, Geb. 405, Tel. 8465

Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. (0202)36--7543

Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Björn Reitz, PH-OP ELB AQ, Geb. 302, Tel. 2765

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 2546

Gerd-Peter Zielezinski, PH-OP-ELB WP Betr. 2/4/6, Geb. 9, Tel. 2608

Ersatzmitglieder

Peter Rauh, PH-PD Toxikologie, Geb. 508, Tel. 8670

Frank Samland, PH-OP WP Betr. 1/3, Geb. 222, Tel. 7752

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de

Rechter Terror

- 12.06.2000 Dessau: Überfall auf den Mosambikaner Alberto Adriano - er stirbt an seinen Verletzungen.
- 03.07.2000 Düsseldorf: Überfall auf einen Griechen und einen Afghanen von 7 Skinheads - der Grieche wird schwer verletzt.
- 04.07.2000 Wuppertal: Sprühereien an dem Mahnmal des KZ-Kemna und an einer Plakatwand.
- 04.07.2000 Wuppertal: Sprühereien im Haus der Jugend Barmen und Pöbeleien vor einer Salsadisko.
- 09.07.2000 Wuppertal: Überfall auf eine Gedenkveranstaltung KZ-Kemna.
- 12.07.2000 Wismar: Ein 52 jähriger Obdachloser wird von Faschos zu Tode geprügelt.
- 14.07.2000 Ludwigshafen: Brandanschlag auf Asylbewerberheim mit Schwerverletzten.
- 27.07.2000 Düsseldorf: Bombenanschlag in Düsseldorf mit Schwerverletzten und Tötung eines Ungeborenen.
- 29.07.2000 Wuppertal: Sprühereien am Bauplatz der Synagoge in Barmen.
- 07.08.2000 Wuppertal: An einer Bushaltestelle bedrohen 2 Skinheads einen farbigen Mitbürger mit Messern.

Diese unvollständige Aufzählung von rechten Übergriffen der letzten Wochen zeigt, daß Nazistrukturen eine aktuelle, ernstzunehmende Bedrohung sind und sich keineswegs auf die ostdeutschen Bundesländer beschränken. Der feige Bombenanschlag in Düsseldorf unweit des letzten Überfalls, ist sicherlich ein trauriger Höhepunkt. Die neonazistische Szene in Düsseldorf wurde jahrelang von der Presse, den Behörden und Parteien verharmlost. Die Tatsache, dass sich die Nazi-Musikszene in Düsseldorf trifft oder die Kameradschaft Düsseldorf, eine Nachfolgeorganisation der verbotenen FAP, das sog. Nationale Infotelefon Rheinland betreibt oder das nach dem Einzug des REP's J.Krüger in den Stadtrat mit der faschistischen Kameradschaft gefeiert wurde, passt nicht in das Bild einer Weltstadt Düsseldorf.

In Wuppertal

Nach dem Angriff auf die Gedenkveranstaltung in Kemna kann sich auch in Wuppertal keiner mehr davor verschließen, die Organisation der Nazis wahrzunehmen. Der Überfall auf die Gedenkfeier am 9.7.00 in Kemna, bei der auch ZeitzeugInnen und ehemalige Widerstandskämpfer anwesend waren, ist ein Angriff auf das Vermächtnis des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und das Gedenken an die Verbrechen und Gräueltaten des Faschismus. Dieser Übergriff kommt nicht "aus dem Nichts" wie es Presse (WZ) und Polizei versuchen darzustellen, sondern stellt sich unter anderem in den Zusammenhang der Schändung des KZ-Mahnmals und anderer Sprühaktionen in der Woche davor. Mit der Parole "Wir sind wieder da" nahmen die



angreifenden Nazis Bezug auf ihre zuvor gesprühten Drohungen. Auch die Beteiligung von Faschisten aus anderen Städten macht deutlich, daß es sich um keine spontane Aktion handelte sondern um einen vorbereiteten und organisierten Überfall.

Die Beteiligung von NPD-Kadern wie T.Crämer und R.Wölk die ihre überregionalen Kontakte offenbar nutzten, zeigt dass es sich nicht um irgendwelche unbekanntes Einzeltäter handelt, sondern, dass die auch der Polizei bekannten NPD/JN Strukturen aus Wuppertal und Schwelm hinter den Angriffen stehen.

Das durch die Verhaftung von einigen Tätern nicht Schluß ist mit den Aktivitäten der Neonazis, zeigen die Sprühereien vom letzten Juli Wochenende an der Baustelle für die neue Synagoge in Barmen, die Aktivitäten des sog. Siepen Sturms aus Neviges oder die neuerliche Bedrohung von ausländischen Mitbürgern.

Öffentliche Meinung

Durch zahlreiche antifaschistischen öffentlichen Kundgebungen und Bekanntmachungen ist immer wieder in der Vergangenheit und aktuell auf bekannte Nazistrukturen in Wuppertal und der Umgebung hingewiesen worden. In den Medien und von Seiten der Behörden wurde immer wieder darauf verwiesen, daß es sich bei Übergriffen um unpolitische Einzeltäter handelt. Erst am 31. Juli 2000 gab die Polizei zu, daß es eine organisierte rechte Szene in Wuppertal gäbe deren Struktur man allerdings nicht kenne. Dieses späte Eingeständnis ist eine gefährliche Verharmlosung. Das man die Rechten nicht kennen würde ist glatt gelogen, zumal der Wuppertaler Staatsschutz eine eigene Abteilung für die sogenannte rechte Szene hat. Die Presse, insbesondere im Tal der Wuppertaler Stadtanzeiger, fördert mit

Alles Einzeltäter



Rechter Terror

rechtsnationalen Artikeln und ausgewählten rechten Leserbriefen die Verunglimpfung von Ausländern und das dumpfnationalistische Gedankengut der Nazis.

Ganz seltsam mutet es an, wenn Politiker und Parteien die durch ihre Politik der Asylverschärfung, Green-Card Debatte oder Stadtsäuberung (Hackländer in Wuppertal) das rechte Meinungsbild in der Gesellschaft stark gemacht haben auf einmal gegen Rechts initiativ werden. Auch die damit verbundene Begründung, daß der Wirtschaftsstandort gefährdet ist und nicht etwa Menschenleben, trägt zum gesellschaftlichen Gesamtbild bei.

Was ist zu tun ?

Angesichts der Zunahme neofaschistischer Aktivitäten wird es Zeit, entschiedenen Widerstand zu leisten. Die Zivilcourage eines jeden einzelnen ist gefordert. Es gibt viele Möglichkeiten im Alltag etwas gegen den Faschismus zu tun z.B.:

- Gespräche mit KollegInnen und Bekannten über Sprüche oder Witze.
- Auffällige Kleidung, Aufkleber oder Schmierereien in Fahrstühlen etc. dürfen nicht als selbstverständlich übersehen werden.
- Internetseiten mit Rechtem Inhalt können den Providern gemeldet werden.
- Engagement in Lokalen Gruppen, Parteien oder Vereinen.
- Und im Zweifelsfall ist die Telefonnummer gegen rechte Bedrohung 110.

**Faschismus ist keine Meinung -
Faschismus ist ein Verbrechen.**



Zitat:

Wenn man zuletzt die Nazis nicht verharmlost hätte, sie ernst genommen und die Antifaschisten rechtzeitig zusammengestanden hätten, nie wäre da 1933 möglich gewesen. Jede Verharmlosung der Neonazis, wie sie hier heute geschieht, ist eine Missachtung der Erfahrung meiner Generation. Und darum war das Faschismusverbot [...] im Grundgesetz verankert (Art.139) - nachdem jeder nationalsozialistischen Organisation die Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut verboten ist. Nie ist in der ganzen Geschichte der BRD jemals das Faschismusverbot eingehalten worden. Im Gegenteil, sie waren und sind - nicht nur geduldet, ja sogar immer wieder ermuntert und gefördert worden.

(Peter Gingold Ausschwitz-Komitee und Überlebender des Nazi-Regimes, auf der Kundgebung am 12.07. in Wuppertal)

Antikriegstag 1. September 2000: Zeichen setzen - gegen Krieg und Faschismus

Bundestagspräsident Thierse hat es dieser Tage so formuliert: *"...Übergriffe von NeoNazis auf Menschen und Sachbeschädigungen sind heute wieder allgegenwärtig. Und leider wird wieder zuviel hingesehen, zu oft weggesehen....."*

Aber nicht nur auf einen Haider in Österreich, einen Berlusconi in Italien oder Le Pen in Frankreich muß die Öffentlichkeit achten und diesen auf die Finger klopfen.

Bei uns in der Bundesrepublik wird mittlerweile wöchentlich ein ausländischer Mitbewohner angegriffen. Fast täglich finden Übergriffe, Schmierereien und sonstige Attacken dieser braunen Hohlköpfe statt.

Jeder sollte mindestens dort, wo er arbeitet und wo er lebt, diesen rechten Parolen und Schmierereien entgegen-

treten.

Melden Sie dem Betriebsrat bei Bayer in Wuppertal entsprechende Vorkommnisse. Wir werden mit diesen Mitarbeitern reden und versuchen, dies in Zukunft zu unterbinden. In diesem Zusammenhang machen wir auf zwei Termine aufmerksam:

1. September

- Antikriegstagsveranstaltung in der VHS Elberfeld um 19.30 Uhr, **"Wohin marschiert die Bundeswehr?"**

3. September

- **Naziterror und Widerstand in Wuppertal; ein Stadtrundgang mit Arbeit und Leben, Treffpunkt um 10.30 Uhr am Neumarkt Elberfeld.**

Arbeitnehmerweiterbildung : Anspruch auf Bildungsurlaub nicht verschenken

Am 29. April 2000 trat ein novelliertes Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AwbG) für das Land Nordrhein-Westfalen in Kraft. Es bringt eine Reihe von Veränderungen für TeilnehmerInnen und Bildungseinrichtungen mit sich. Bis zum 31.12.2001 gelten zusätzliche Übergangsbestimmungen.

Wichtig aber ist und bleibt, dass alle Arbeitnehmer weiterhin einen Anspruch auf 5 Tage bezahlten Bildungsurlaub pro Jahr haben. Und diesen Anspruch sollte kein Arbeitnehmer einfach verfallen lassen.

Einen guten Überblick über mögliche Bildungsangebote bietet die Broschüre der Bildungsberatungsstellen NRW, die wir als Belegschaftsliste schon fast traditionell verteilen. Wenn Sie Interesse an Bildungsangeboten haben, sprechen Sie uns bitte an.

Rentenreform 2000 - der Umbau des Sozialstaates

Die Eckpunkte der Rentenreform aus dem Hause Riester, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, kann in Kurzform so dargestellt werden:

- Absenkung des Rentenniveaus von 71 % 1999 bis 2030 auf 64 % der Durchschnittsrente (45 Versicherungsjahre)
- Aufbau einer kapitalgedeckten Eigenvorsorge bis zu 4 % des Bruttoeinkommens bis zum Jahre 2008, also ab 2001 0,5 % und jedes folgende Jahr um weitere 0,5 % bis 2008.
- Es wird ein Ausgleichsfaktor eingeführt. Ab dem Jahr 2011 bis 2030 werden jährlich 0,3 % von der Rente abgezogen. Das sind dann 6% bis 2030, weil jeder die kapitalgedeckte Eigenvorsorge aufbauen konnte.
- Das Nettorentenniveau wird durch den festgelegten Inflationsausgleich 2000 und 2001 (der nur vage realistisch ist) statt einer Nettolohnanpassung auf 68,5 % gesenkt, damit der Beitragssatz auf 18,8 % gesenkt werden kann.

Systemwechsel

Dies ist die Verabschiedung von der paritätischen Beitragszahlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die Rentenversicherung, wie schon bei

der Kranken- und Pflegeversicherung. Ab 2008 muß ein Arbeitnehmer 4 % mehr Rentenbeitrag bezahlen (private Eigenvorsorge), wenn er nur irgendwie auf das Rentenniveau von 1999 kommen will.

Damit soll insgesamt der Rentenbeitrag von jetzt 19,3 % bis zum Jahr 2030 nicht über 22 % steigen.

Es ist inzwischen überall das Gleiche,

wir müssen billiger werden. Jetzt auch bei der Rente. Damit in Zukunft nicht ein großer Teil der Rentner zum Sozialamt laufen muss, wird die sogenannte Eigenvorsorge staatlich gefördert. Auch hier gilt, auf einen großen Haufen kommt noch ein großer oben drauf. Untere und mittlere Einkommen werden mit Zuschüssen gefördert, bis 1000 DM im Jahr bei einer Familie mit zwei oder mehr Kindern. Bei Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze von z.Zt. 8.600 DM monatlich, würde ab 2008 ein Steuerfreibetrag von ca. 8.000 DM im Jahr anfallen. Gezwungen wird

natürlich niemand die private Vorsorge alleine zu finanzieren. Doch alle, die noch 20 oder 30 Berufsjahre vor sich haben, müssen sich überlegen, wie



sie diese Rentenkürzungen ausgleichen.

Damit wird die Abkopplung der paritätischen Finanzierung der Rente mit den Arbeitgebern vollzogen. An dieser Schraube kann die Regierung immer weiter drehen, wenn dieser Systemwechsel einmal eingeführt ist.

Reaktionen

Der gesellschaftliche Widerstand zu diesen Rentenplänen ist recht unterschiedlich. Der IG Metall Vorstand will gegen diese Pläne noch in diesem Jahr die Mitglieder mobilisieren. Die IG BCE hält sich bedeckt. Rudolf Dressler, als Sozialexperte der SPD-Bundestagsfraktion bekannt, spricht sogar öffentlich von Verfassungsverbruch, wenn diese Rentenreform umgesetzt wird.

Der Arbeitgeberverbandsvertreter Stihl setzt noch einen oben drauf. Er will das Rentenalter auf 67 Jahre heraufsetzen, damit die Renten noch billiger werden und weniger Rentenbeiträge für die Unternehmer anfallen.

Es bleibt immer die gleiche Leier: für höhere Gewinne der Konzerne, wird die Alterssicherung billiger gemacht.

Wer jetzt schon wenig hat, wird im Alter noch weniger haben. Das ist der neue Sozialstaat, das ist das Schließen der Gerechtigkeitslücke à la SPD und Grüne.

Unterschriftenlisten gegen die Rentenverschlechterung sind bei der Belegschaftsliste zu erhalten.

Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen.

Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerzbank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort : Hochwald/Belegschaftsliste

Mehr als 1000 Azubis

Die meisten Mitarbeiter werden die Schlagzeile von Bayer aktuell am 18.08.00 zur Kenntnis genommen haben. Bayer vermarktet seine Aktivitäten bezüglich Ausbildung in einer Zeit, wo *Ausbildungsabgabe, fehlende Ausbildungsplätze, Aufschwung der chemischen Industrie und Neue Rekordgewinne* als Diskussionspunkte nur schwer unter einen Hut passen, recht geschickt.

Wie geschrieben, addiert Bayer aktuell aber auch den allerletzten Ausbildungsplatz in einer Beteiligungsgesellschaft in Hintertupfingen; dort ist der Ausbildungsplatz sicherlich noch für weitere Statistiken zu verwerten.

In der AG nur 650 Azubis

In der Bayer AG sind seit der Standortsicherungs - Vereinbarung die Zahl der Ausbildungsverträge von vorher ca 800 auf 650 pro Jahr gesunken. Zusätzlich bildet Bayer die erwähnten 150 für eine Gesellschaft zur Förderung der beruflichen Bildung e.V. aus. In erster Linie, um diese Azubis nicht übernehmen zu müssen.

Das IG BCE Betriebsratsmitglied Luhn kritisierte das Einstellungsverhalten der Bayer AG: *„Es sollten weniger Ausbildungsverträge für weiße und grüne Ausbildungsberufe (Köche, Gärtner, usw.) - denn diese werden ebenfalls nicht übernommen - sondern mehr in benötigten Berufen wie Chemikanten und Laboranten abgeschlossen werden.“*

Übrig bleiben 491 Azubis

Von diesen 650 jungen Menschen wurden letztendlich 491 Azubis übernommen; nicht alle ordentlich an einem festen Arbeitsplatz, sondern zum Teil in einem Pool.

Aber

Vorsicht beim Krankengeld

Wer länger als 6 Wochen erkrankt und statt Entgeltfortzahlung nur noch Krankengeld bezieht, ist bereits gestraft genug. Dennoch trifft es so manche Betroffene nochmals, wenn sie endlich wieder arbeitsfähig sind und ihr erstes Entgelt erwarten: Statt Bayer-Entgelt erwartet manche ein Minus-Betrag!

Warum?

Privatabzüge wie Wohnungsmiete der BayWoGe, Versicherungsbeiträge oder Darlehnrückzahlungen an die Pensionskasse werden normalerweise vom Bayer-Entgelt einbehalten. Wird kein Entgelt angewiesen, so laufen die fälligen Raten als Minus auf ihrem Entgeltkonto auf. Eine automatische

Verrechnung mit dem Krankengeld erfolgt nicht, da das Krankengeld von der Krankenkasse direkt auf das Konto des Arbeitnehmers - und nicht über das Bayer-Entgelt angewiesen wird.

Wer nicht persönlich daran denkt, wird mit seiner ersten Entgeltabrechnung nach Gesundung seinen Schock erleben. Eine Information durch Bayer an die Beschäftigten erfolgt bislang leider nicht.

Die Belegschaftsliste fordert die Personalabteilung auf, zumindest die betroffenen Mitarbeiter über auflaufende Minusbeträge zu informieren und Möglichkeiten einer Zwischenüberweisung aufzuzeigen.

Fristlose Kündigung eines Mitarbeiters aus der Toxikologie wirft Fragen bei Arbeiten unter GLP / GMP - Bedingungen auf

Die meisten Bereiche im Geschäftsbereich Pharma arbeiten heute nach dem durch die FDA (= amerikanische Gesundheits-Behörde) vorgegebenen Methoden.

Dabei müssen Arbeitsschritte, Kontrollen, Messungen, usw. mit Unterschrift von dem Mitarbeiter, der diese Arbeitsschritte durchgeführt hat, dokumentiert werden. Bei entscheidenden Schritten gilt das "Vier-Augen-Prinzip".

Wer arbeitet, macht Fehler. Allerdings werden in den letzten Wochen diese Fehler zur Falle für Mitarbeiter. Abmahnungen, Ermahnungen sind noch die harmlosen Strafen, die postwendend von Vorgesetzten verhängt werden. Noch größerer Streß und Streitereien sind in der Regel die Folgen. Beim Drängeln auf einen Aufhebungsvertrag (wie in den letzten Wochen



Bitte beachten Sie diese Vorschrift besonders. Sonst können wir für nichts garantieren...

geschehen),

b e i

Kündigungen

(wie in den

letzten Wochen

geschehen)

ist die

Schmerzgrenze

für Mitarbeiter

und Betriebsrat

überschritten.

In einem konkreten Fall wurde Mitte

August die fristlose Kündigung eines

ehemaligen Mitarbeiters der Toxikologie

beantragt, obwohl der Kollege dort

nicht mehr arbeitet und ihm nicht

nachgewiesen werden konnte, dass er

für aufgetretene Fehler verantwortlich

war.

Der Betriebsrat ist nach erster Bera-

tung des konkreten Falles zu der

Auffassung gekommen, dass die zur

Zeit gängigen Arbeitsmethoden und

die computermäßige Erfassung von

Daten nicht die Möglichkeit von Mani-

geschehen),

b e i

Kündigungen

(wie in den

letzten Wochen

geschehen)

ist die

Schmerzgrenze

für Mitarbeiter

und Betriebsrat

überschritten.

In einem konkreten Fall wurde Mitte

August die fristlose Kündigung eines

ehemaligen Mitarbeiters der Toxikologie

beantragt, obwohl der Kollege dort

nicht mehr arbeitet und ihm nicht

nachgewiesen werden konnte, dass er

für aufgetretene Fehler verantwortlich

war.

Der Betriebsrat ist nach erster Bera-

tung des konkreten Falles zu der

Auffassung gekommen, dass die zur

Zeit gängigen Arbeitsmethoden und

die computermäßige Erfassung von

Daten nicht die Möglichkeit von Mani-

geschehen),

b e i

Kündigungen

(wie in den

letzten Wochen

geschehen)

ist die

Schmerzgrenze

für Mitarbeiter

und Betriebsrat

überschritten.

In einem konkreten Fall wurde Mitte

August die fristlose Kündigung eines

ehemaligen Mitarbeiters der Toxikologie

beantragt, obwohl der Kollege dort

nicht mehr arbeitet und ihm nicht

nachgewiesen werden konnte, dass er

für aufgetretene Fehler verantwortlich

war.

Der Betriebsrat ist nach erster Bera-

tung des konkreten Falles zu der

Auffassung gekommen, dass die zur

Zeit gängigen Arbeitsmethoden und

die computermäßige Erfassung von

Daten nicht die Möglichkeit von Mani-

geschehen),

b e i

Kündigungen

(wie in den

letzten Wochen

geschehen)

ist die

Schmerzgrenze

für Mitarbeiter

und Betriebsrat

überschritten.

In einem konkreten Fall wurde Mitte

August die fristlose Kündigung eines

ehemaligen Mitarbeiters der Toxikologie

beantragt, obwohl der Kollege dort

nicht mehr arbeitet und ihm nicht

nachgewiesen werden konnte, dass er

für aufgetretene Fehler verantwortlich

war.

Der Betriebsrat ist nach erster Bera-

tung des konkreten Falles zu der

Auffassung gekommen, dass die zur

Zeit gängigen Arbeitsmethoden und

die computermäßige Erfassung von

Daten nicht die Möglichkeit von Mani-

geschehen),

b e i

Kündigungen

(wie in den

letzten Wochen

geschehen)

ist die

Schmerzgrenze

für Mitarbeiter

und Betriebsrat

überschritten.

In einem konkreten Fall wurde Mitte

August die fristlose Kündigung eines

ehemaligen Mitarbeiters der Toxikologie

beantragt, obwohl der Kollege dort

nicht mehr arbeitet und ihm nicht

nachgewiesen werden konnte, dass er

für aufgetretene Fehler verantwortlich

war.

Der Betriebsrat ist nach erster Bera-

tung des konkreten Falles zu der

Auffassung gekommen, dass die zur

Zeit gängigen Arbeitsmethoden und

die computermäßige Erfassung von

Daten nicht die Möglichkeit von Mani-

geschehen),

b e i

Kündigungen

(wie in den

letzten Wochen

geschehen)

ist die

Schmerzgrenze

für Mitarbeiter

und Betriebsrat

überschritten.

In einem konkreten Fall wurde Mitte

August die fristlose Kündigung eines

ehemaligen Mitarbeiters der Toxikologie

beantragt, obwohl der Kollege dort

nicht mehr arbeitet und ihm nicht

nachgewiesen werden konnte, dass er

für aufgetretene Fehler verantwortlich

war.

Der Betriebsrat ist nach erster Bera-

tung des konkreten Falles zu der

Auffassung gekommen, dass die zur

Zeit gängigen Arbeitsmethoden und

die computermäßige Erfassung von

Daten nicht die Möglichkeit von Mani-

geschehen),

b e i

Kündigungen

(wie in den

letzten Wochen

geschehen)

ist die

Schmerzgrenze

für Mitarbeiter

und Betriebsrat

überschritten.

In einem konkreten Fall wurde Mitte

August die fristlose Kündigung eines

ehemaligen Mitarbeiters der Toxikologie

beantragt, obwohl der Kollege dort

nicht mehr arbeitet und ihm nicht

nachgewiesen werden konnte, dass er

für aufgetretene Fehler verantwortlich

war.

Der Betriebsrat ist nach erster Bera-

tung des konkreten Falles zu der

Auffassung gekommen, dass die zur

Zeit gängigen Arbeitsmethoden und

die computermäßige Erfassung von

Daten nicht die Möglichkeit von Mani-

geschehen),

b e i

Kündigungen

(wie in den

letzten Wochen

geschehen)

ist die

Schmerzgrenze

für Mitarbeiter

und Betriebsrat

überschritten.

KOLLEGE KARL



Grosse Entschuldigung

Keine Publikation wird so genau gelesen wie die der Belegschaftsliste. Kann im Bayer aktuell schon mal 'ne Falschmeldung stehen, wen interessiert es? Gleiches gilt für die Zeitschrift Direkt, oder den Blättern der Gewerkschaft. Dort sind Meldungen, die man besser nie in die Welt gesetzt hätte. Nicht so beim Belegschaftsinfo. Jeder Fehler wird gnadenlos aufgedeckt oder führt zur heftigen Reaktionen. Das ist gut so!

Wir hatten in der letzten Ausgabe gemeldet, dass die Leitung der Abteilung PH-PD-SDD in die USA umzieht (wie so vieles zur Zeit).

Dieses ist nicht richtig! Wir hatten die Leitung von PH-PD SPM gemeint, aber das falsche geschrieben.

Also: PH-PD SDD wird nicht in die USA verlegt.

Verlagert wird die Leitung von PH-PD SPM.

Wir hatten die Berichtigung des Fehlers noch am Tag der Zeitungsverteilung in der Homepage "<http://www.belegschaftsliste.de>" gestellt und einige Betroffene informiert, leider nicht alle.

pulation oder sonstigen Fehlerquellen ausschließen.

Die Belegschaftsliste hat jetzt im Betriebsrat den Antrag gestellt, diesbezüglich Verhandlungen mit der Bayer AG aufzunehmen, die diese Grauzone regeln und die Mitarbeiter schützen soll.

Der Betriebsrat hat die Kündigung abgelehnt. Dieses bedeutet allerdings nicht, dass die Arbeitsplatzbedrohung vom Tisch ist; die gesetzliche Regelung ist hier einfach arbeitnehmerfeindlich.

Alle MitarbeiterInnen, die ein entsprechendes Gespräch mit der Personalabteilung führen müssen, sollten dringend von ihrem Recht, ein Betriebsratsmitglied hinzuziehen zu können, Gebrauch machen.